

Berlin, 25. Juli 2012

P R E S S E M I T T E I L U N G

Geschäftsstelle / Office:
Anklamer Straße 38
D-10115 Berlin
fon: ++49 – (0)30 – 443270-0
fax: ++49 – (0)30 – 443270-22
geschaeftsstelle@djb.de
<http://www.djb.de>

Guter Ansatz der zypriotischen Ratspräsidentschaft, aber sonst keine zündenden Ideen zur Gleichstellungspolitik

Der Deutsche Juristinnenbund (djB) begrüßt die Initiativen der zypriotischen EU-Ratspräsidentschaft zur Gleichstellungspolitik. Besonders hervorzuheben ist aus Sicht des djB, dass das Lohngefälle zwischen Mann und Frau wieder in den Fokus gerückt wird.

„Die in Aussicht genommenen Diskussionen zum Lohngefälle zwischen Mann und Frau durch den Austausch zu den vorbildlichen Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten sind ein guter Ansatz“, so Ramona Pisal, Präsidentin des djB, „aber das reicht nicht. Wir diskutieren seit Jahrzehnten ohne sichtbaren Erfolg. Der djB fordert eine europäische Gesetzgebung.“

Das geschlechterspezifische Lohngefälle in Europa ¹ beträgt durchschnittlich 16,4 Prozent, in Deutschland skandalöse 23,1 Prozent. Nach Ansicht des djB ist das nicht hinnehmbar. Schon 2007 hatte die Europäische Kommission anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Verträge gesetzgeberisches Tätigwerden angekündigt.

Der djB vermisst im zypriotischen Ratspräsidentschaftsprogramm darüber hinaus die engagierte Begleitung der von der Europäischen Kommission für die zweite Jahreshälfte 2012 angekündigten Gesetzesinitiative zur Verstärkung der Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft. Der djB verweist hierzu auf seine Stellungnahme vom 25. Mai 2012 im europäischen Konsultationsverfahren zu Frauenquoten in Wirtschaftsunternehmen².

¹ Internetseite DG Justiz:

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-pay-gap/situation-europe/index_de.htm,

Internetseite Deutschland:

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-pay-gap/national-situation/index_de.htm#h2-10

² <http://www.djb.de/Kom/K5/st12-5/>.